



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

die parlamentarische Sommerpause ist zu Ende und der Deutsche Bundestag hat mit einer Haushaltswoche seine Arbeit wieder aufgenommen. Zweimal sind alle Abgeordneten während der Sommerpause in Berlin zusammengekommen, um über die Situation in Griechenland zu beraten und abzustimmen. Hierüber sowie über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin gebe ich in diesem Bericht aus Berlin Einblick. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Maßnahmenkatalog zur Flüchtlingssituation](#)
2. [Haushalt 2016](#)
3. [Relevantes aus und für Mannheim](#)

1. Flüchtlingssituation in Deutschland

Angesichts der dramatischen Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten und der dramatisch anschwellenden Zahl von Flüchtlingen nach Europa und insbesondere nach Deutschland hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Maßnahmenkatalog beschlossen, den ich Ihnen auszugsweise zukommen lassen möchte.

1. Nationale Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bereits bisher finanziell. Diese Hilfe wird verstärkt und intensiviert. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sollen nach deren Abschluß zügig im Bundestag beraten werden. Ziel ist es, ein zukunftsfähiges Asylsystem zu gewährleisten.

2. Rasche Hilfe für Schutzbedürftige

Integrationskurse und Programme zum Spracherwerb werden weiter ausgebaut. Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive wollen wir rasch in die Lage versetzen, eine Arbeit aufzunehmen und ihnen damit die Möglichkeit geben, ihren Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten. Keine Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen soll erfolgen an Asylbewerber, die aus sicheren Herkunftsstaaten stammen oder deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist, sowie an Asylbewerber, deren Überstellung im Dublin-Verfahren angeordnet ist. Für diesen Kreis der Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive ist die Residenzpflicht wieder einzuführen.

3. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Das Engagement vieler zehntausender Bürger bei der Flüchtlingshilfe wollen wir unterstützen und fördern. Hierbei handelt es sich um ein großes Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit. Unterstützung und unbürokratische Hilfe sind für Flüchtlinge insbesondere in den ersten Tagen und Wochen nach der Ankunft in einer völlig fremden Umgebung dringend notwendig. Der Bundesfreiwilligendienst soll stärker in die Flüchtlingshilfe einbezogen werden. Mindestens 5.000 zusätzliche Plätze sollen für die Unterstützungs- und Hilfstätigkeiten von Hauptamtlichen bei der Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt werden. Auch anerkannte Asylbewerber sollen diesen Bundesfreiwilligendienst leisten können.

4. Zeit für pragmatische Lösungen

Zahlreiche Regelungen des Vergabe-, des Bau- und des Energieeinsparrechtes stehen einer raschen und unkomplizierten Bereitstellung von Wohnraum für Flüchtlinge im Wege. Alle bürokratischen Hindernisse bei der Unterbringung von Flüchtlingen kommen auf den Prüfstand.

5. Verfahren beschleunigen, Verteilung erst nach Anerkennung

Die Asylverfahren müssen beschleunigt werden. Für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben wir im letzten und in diesem Jahr bereits 1650 neue Mitarbeiter beschlossen, 2016 wird es mit bis zu 1000 weiteren ausgestattet. Asylbewerber sollen so lange in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder verbleiben, bis über ihren Antrag entschieden worden ist. Wird der Antrag abgelehnt, soll die Rückführung direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung erfolgen.

6. Kreis der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten

Die Hälfte der mehr als 300.000 Asylbewerber von Januar bis Juli 2015 kam vom Balkan. Da ihre Anerkennungsquote gegen Null tendiert, haben wir den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten bereits im vergangenen Jahr um Serbien, Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien erweitert. Wir planen nun, den Kreis der sicheren Staaten um Albanien, Montenegro und das Kosovo zu ergänzen.

7. Sachleistungen statt Bargeld

Bargeld stellt einen großen Anreiz dar, um nach Deutschland zu kommen. In der Phase der Erstaufnahme erhält eine Familie mit zwei Kindern zusätzlich zu Sachleistungen (etwa für Ernährung, Unterkunft, Kleidung) über 400 Euro im Monat. Für Menschen aus den Ländern des westlichen Balkans ist das sehr viel Geld. In der Phase des Aufenthalts in der Erstaufnahme wollen wir deshalb in Zukunft nur noch Sachleistungen gewähren.

8. Keine falschen Anreize schaffen

Aufgrund der erwarteten 800.000 Asylbewerber in diesem Jahr wollen wir jeden weiteren Anreiz, nach Deutschland zu kommen, vermeiden. Wir lehnen die Forderung nach Einführung einer Gesundheitskarte ab, da sie für eine kostenlose Gesundheitsversorgung in Deutschland steht. Sie wäre ebenso das falsche Signal wie eine Arbeitserlaubnis für alle Asylbewerber ab dem ersten Tag. Der Asylbescheid sollte wieder Dreh- und Angelpunkt aller Maßnahmen werden, denn schließlich wird durch ihn in einem rechtstaatlichen Verfahren entschieden, ob ein Asylgrund besteht oder nicht.

9. Missbrauch bekämpfen: Konsequente Aufenthaltsbeendigung

Nur Schutzbedürftige genießen Asyl. Asyl ist kein Zuwanderungsweg. Die Aufenthaltsbeendigung stellt also eine häufig angewandte Notwendigkeit dar. Klage- und Prüfverfahren hiergegen werden wir straffen. Für alle abgelehnten Asylbewerber soll ein Wiedereinreiseverbot von grundsätzlich 3 bis 5 Jahren gelten. Der Bund ist bereit, in der Praxis durch die Bundespolizei zu helfen. Eine einheitliche Abschiebungspraxis in Deutschland ist sicherzustellen.

10. Entschieden gegen Schleuserkriminalität vorgehen

Wir erleben unglaubliche Gräuelp, die kriminelle Schleuser Menschen auf der Flucht antun. Durch die Verstärkung von EU-Operationen gegen Schleuserkriminalität, noch höheren Fahndungsdruck durch Intensivierung der Schleierfahndung und Ermittlung der Hintermänner wollen wir konsequent gegen Schleuser vorgehen. Die Bundespolizei wird personell weiter verstärkt werden.

11. Gemeinsame europäische Asylpolitik

Die europäische Asylpolitik muß gestärkt werden, um eine gezielte Antragstellung in einzelnen Staaten zu vermeiden. Zu ihr gehören eine einheitliche Definition, welche Staaten auf europäischer Ebene als sichere Herkunftsländer gelten können, und ein einheitliches Niveau bei den Sozialleistungen. Es muß -auf EU-Ebene- auch über die Frage der Wiedereinführung der Visapflicht für die Westbalkanstaaten nachgedacht werden. Eine gerechtere Verteilung der Lasten ist eine Frage europäischer Solidarität. Es kann nicht sein, daß nur eine sehr kleine Zahl von Ländern, unter ihnen Deutschland, den Großteil aller Flüchtlinge aufnimmt und daß sowohl fortgesetzt als auch eklatant gegen das Dubliner Übereinkommen verstoßen wird.

12. Fluchtursachen bekämpfen

Wir wollen die Fluchtursachen gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern bekämpfen. Hierfür muß die politische Zusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern und den Haupttransitstaaten ausgeweitet werden, in denen Entwicklungsperspektiven geschaffen werden müssen. Humanitäre Hilfe kann in akuten Krisen kurzfristig Flucht verhindern. Deutschland leistet hier einen wichtigen Beitrag. Längerfristig soll die Sonderinitiative des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ wirken. Zunächst geht es um die Stabilisierung fragiler staatlicher Institutionen, der Konflikt- und Gewaltminderung und der Beseitigung von Fluchtursachen, die durch den Klimawandel entstehen. Dann gilt es, Aufnahmeeregionen in den betroffenen Nachbarländern zu stabilisieren, auch um Weiterwanderung nach Europa zu verringern.

2. Haushalt 2016

In dieser Woche steht die erste Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs des Bundeshaushalts 2016 an. Damit berät der Deutsche Bundestag auch den Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019. Ziel ist, die schwarze Null ohne Steuererhöhungen umzusetzen. Angesichts des Flüchtlingszustroms, des Zins- und Konjunkturrisikos sowie der künftigen Finanzierung der Mütterrente ist dies ein ehrgeiziges Ziel. Der Regierungsentwurf sieht eine Anhebung der Ausgaben im Bundeshaushalt 2016 um 10,4 Milliarden auf 312 Milliarden Euro vor. Auch in den Jahren bis 2019 erwarten wir einen moderaten Anstieg der Ausgaben. Die Ausgabenwachstumsrate soll jeweils unter der erwarteten Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Einen hohen Anstieg -um 13,5 Prozent auf 7,42 Milliarden Euro- kann der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erwarten. Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem der Bekämpfung der Fluchtursachen im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika dienen.

Im Bundeshaushalt 2016 wird überdies die Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionen des Bundes um zusätzliche 10 Milliarden Euro für die Jahre von 2016 bis 2018 umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung.

Der Bund setzt auch seine kommunalfreundliche Politik weiter fort. Zusätzlich zum bereits beschlossenen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ im Umfang von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen wird der Bund zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation den Ländern und Kommunen weitere 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Vollständig berücksichtigt sind zudem die steuerlichen Entlastungen von 5,4 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrags und der Milderung der kalten Progression durch Verschiebung der Tarifgrenzen.

3. Relevantes aus und für Mannheim

Zu viele Lebensmittel landen im Müll

Angesichts von rund 11 Millionen Tonnen weggeworfener Lebensmittel pro Jahr hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft bereits 2012 die Initiative *Zu gut für die Tonne!* gestartet. In diesem Jahr wird die Initiative erstmalig um den Bundespreis für Engagement gegen Lebensmittelverschwendung erweitert. Ich rufe engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Mannheim sowie Unternehmen, Schulklassen, Verbände, soziale Einrichtungen und Bürgerinitiativen, die sich für mehr Wertschätzung für Lebensmittel einsetzen, zur Beteiligung am Bundespreis auf. Jede Initiative mit einer guten Idee, Lebensmittelabfälle zu reduzieren, kann sich bis zum 31. Oktober bewerben. Lebensmittelabfälle zu reduzieren ist gerade mir als Kind der Nachkriegsgeneration ein Herzensanliegen. Mit dem ausgelobten Preis verbinde ich die Hoffnung, daß alle Verbraucher – unabhängig von Alter und Verdienst- für den Wert von Lebensmitteln sensibilisiert werden. Nähere Informationen zur Ausschreibung und den Bewerbungsformalitäten finden Sie unter www.zugut fuerdietonne.de/bundespreis.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an:

*Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de*